



Tagesordnung II Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 04. September 2013

Vorlagen-Nr. 11-V-51-0003

**Kinderhaus Elsässer Platz; Grundsatzvorlage zur baulichen Erweiterung**

---

### **Beschluss Nr. 0221**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Der Jugendhilfeträger Kinderhaus Wiesbaden e. V. plant, sein Angebot im Kinderhaus Elsässer Platz zu erweitern: das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen - insbesondere im Krippenbereich - und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit für den Stadtteil soll ausgebaut werden.
- 1.2 Der Verein hat sein Vorhaben den betroffenen Ortsbeiräten Westend und Rheingauviertel/Hollerborn vorgestellt und dort Zustimmung gefunden.
- 1.3 Die fachliche Erörterung zwischen dem Kinderhaus Wiesbaden e. V. und dem Amt für Soziale Arbeit als öffentlichem Jugendhilfeträger ist so weit gediehen, dass der zusätzliche Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen und der offenen Kinder- und Jugendarbeit bestätigt werden kann.
- 1.4 Für notwendige bauliche Erweiterungen müsste ein kleiner Teilstreifen des Elsässer Platzes in Anspruch genommen werden. Nach Gesprächen des Vereins im Stadtentwicklungsdezernat und inzwischen zurückgenommener Bauvoranfrage teilte Herr Stadtrat Prof. Dr.-Ing. Pös dem Verein mit, dass zunächst eine Grundsatzentscheidung der Körperschaften notwendig sei und dass die erforderlichen planungsrechtlichen Grundlagen zur Umsetzung des Projektes danach zeitnah geschaffen werden sollen.
- 1.5 Den Skizzen in den Anlagen 1 und 2 zur Sitzungsvorlage ist zu entnehmen, wie der notwendige Anbau zu dimensionieren wäre. Angesichts der noch fehlenden Rechtssicherheit bezüglich der Grundstücksnutzung verbietet sich momentan der Einsatz öffentlicher Mittel für eine weitergehende Planung.
- 1.6 Diese Sitzungsvorlage daher die Erklärung der grundsätzlichen Bereitschaft der städtischen Körperschaften einleiten, einen kleinen Teilstreifen des Elsässer Platzes zur Verfügung zu stellen.

2. Es wird beschlossen:

Der Magistrat (Dezernat IV/61 und Dezernat II/51) wird beauftragt, eine Sitzungsvorlage zur Entscheidung über die notwendigen planungsrechtlichen Änderungen mit Darstellung aller Auswirkungen einzubringen.

(antragsgemäß Magistrat 23.07.2013 BP 0700)

(antragsgemäß Ausschuss für Soziales und Gesundheit 28.08.2013 BP 0127)

## Tagesordnung II

Wiesbaden, .09.2013

Horschler  
Vorsitzender